

Sehr geehrte Damen und Herren,

die von der Portugiesischen Republik beantragten Hilfen zur Euro-Stabilisierung wurden in dieser Woche sowohl im zuständigen Haushaltsausschuss als auch im Plenum des Deutschen Bundestages beraten. Die EU-Kommission legte dafür zuvor dem Bundesministerium der Finanzen Dokumente zum Hilfsantrag Portugals vor. Um Einvernehmen mit dem Deutschen Bundestag gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus herzustellen, wurden diese EU-Dokumente dann nach intensiver und kritischer Prüfung durch das Bundesfinanzministerium dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages übermittelt. Was hat Portugal genau beantragt: Auf Grund ihrer Liquiditätskrise hat die Portugiesische Republik am 7. April 2011 offiziell Finanzhilfe im Rahmen eines gemeinsamen EU-IWF-Programms beantragt. Der Entwurf des Programms wurde von einer Mission von EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) vor Ort mit der portugiesischen Seite ausgehandelt. Vorgesehen ist ein Programm in Höhe von insgesamt 78 Milliarden Euro. Ein Drittel der externen Finanzhilfen sollen durch den IWF, zwei Drittel durch Mittel aus dem Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) und der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) bereitgestellt werden. Das vorgesehene Hilfspaket soll über drei Jahre bis 2014 laufen. In dieser Periode wird Portugal zwei Jahre lang nicht mehr auf die Kapitalmärkte angewiesen sein. Im dritten Jahr soll Portugal sukzessive an die Märkte zurückgeführt werden. Die vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen Portugals erstrecken sich zu zwei Dritteln auf Ausgabenbesenkungen und zu einem Drittel auf Einnahmesteigerungen einschließlich erheblicher Privatisierungsmaßnahmen. Für die Unionsfraktion sind diese Maßnahmen unverzichtbare Voraussetzung für die Hilfe. Die Euro-Stabilisierung ist im ureigenen Interesse Deutschlands, seiner Wirtschaft und damit der gesamten Gesellschaft. Daher werden wir sehr intensiv und kritisch die Details der beantragten Hilfen für Portugal beleuchten und prü-

fen. Insbesondere die Konditionalität der Hilfen, also die dem hilfeschuchenden Portugal auferlegten Konsolidierungsmaßnahmen, müssen in jedem Fall eingehalten werden. Trotz der zeitlichen Enge lasse sich der Haushaltsausschuss ausführlich unterrichten, bevor das für das weitere Regierungshandeln notwendige Einvernehmen hergestellt werde, betonte er weiter. „Für uns Unions-Haushälter ist klar: Auch beim künftigen Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) muss ein Verfahren gefunden werden, mit dem die Parlamentsrechte gewahrt bleiben. Dies ist eine Selbstverständlichkeit. Dass dies mit gutem Willen geht, zeigt der aktuelle Fall Portugal. Über die Details der künftigen Parlamentsbeteiligung werden wir uns aber noch verständigen müssen.“ Da der Europäische Rat bereits am 17. Mai 2011 den formalen Beschluss über den Vorschlag der Europäischen Kommission zum Hilfspaket treffen wird, ist dem Deutschen Bundestag gemäß § 9 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBGG) Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, bevor die Bundesregierung an dieser Entscheidung im Rat mitwirkt. Mit dem Entschließungsantrag von CDU/CSU und FDP, der in dieser Woche mehrheitlich angenommen wurde und der die Bundesregierung auffordert, dem Vorschlag der Kommission zur Portugalhilfe im Europäischen Rat zuzustimmen, hat das Parlament seine Rechte bei dieser zentralen Entscheidung wahrgenommen.

Stuttgart 21 braucht objektiven Stresstest

An diesem Donnerstag wurde die neue Landesregierung in Baden-Württemberg gebildet. Mit Winfried Hermann wird erstmals ein Vertreter der Partei Verkehrsminister im Land, die das Projekt ablehnt. Die grün-rote Koalition in Baden-Württemberg ist schon bei Amtsantritt gespalten: Beide Parteien sind sich uneins, ob Stuttgart 21 gebaut werden soll oder nicht. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion selbst scheut weder das Ergebnis des Stresstests noch eine Volksabstimmung in Baden-Württemberg. Wir glauben: Infrastrukturprojekte dieser Größe müssen in Deutschland möglich sein.



Berlin Aktuell

Die Woche im Bundestag

13.05.2011

Wir unterstützen dieses wichtige und sinnvolle Projekt, das durch gesetzlich geregelte Verfahren, demokratische Willensbildung auf mehreren parlamentarischen Ebenen und durch rechtskräftige Urteile legitimiert ist. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will die Ergebnisse des Stresstests für den unterirdischen Bahnhof abwarten, bevor nächste Schritte diskutiert werden. Schon jetzt ist jedoch klar: Der Stresstest muss sich auf Fakten beziehen – damit wir auch wirklich ein verwertbares Ergebnis bekommen. Stuttgart 21 ist – vor allem auch durch das Schlichtungsverfahren – das transparenteste deutsche Infrastrukturprojekt. Solche großen Projekte brauchen die Akzeptanz der Bevölkerung. Deshalb fordern wir die Deutsche Bahn AG auf, weiterhin offen mit den Fakten für dieses Projekt umzugehen und besonders auch die Ergebnisse des Stresstests offen mit Befürwortern und Gegnern zu diskutieren. Nur so können wir die Konflikte bei diesem Projekt überwinden. Der so genannte „Stresstest“ soll die Leistungsfähigkeit des geplanten unterirdischen Bahnhofs prüfen. Dafür wird der Verkehr durch diesen Bahnhof nach einem konstruierten Fahrplan simuliert und ausgewertet. Zum Beispiel wird geprüft, wie sich Verspätungen auswirken und wie viele Züge der Bahnhof zu Spitzenzeiten bewältigen kann. Ergebnisse des Stresstests sollen im Juli vorliegen.

Maritime Wirtschaft ist nationale Aufgabe

Anlässlich der Vorlage des Zweiten Berichtes der Bundesregierung über die Entwicklung und Zukunftsperspektiven der maritimen Wirtschaft in Deutschland hat der Deutsche Bundestag in dieser Woche in erster Lesung den Antrag der Fraktionen CDU/CSU und FDP „Die Zukunftsfähigkeit der maritimen Wirtschaft als nationale Aufgabe“ beraten. Mit dem mehrheitlich beschlossenen Antrag stellte der Deutsche Bundestag unter anderem fest: „Deutschland verfügt über die drittgrößte Handelsflotte der Welt. Bei Containerschiffen belegt Deutschland Platz 1. Der deutsche Schiffbau nimmt in technologischer Sicht eine Spitzenstellung ein. Beim Spezialschiffbau ist Deutschland Marktführer. In der verarbeitenden Industrie ist jeder zweite Ar-

beitsplatz vom Export abhängig und damit von einer funktionierenden maritimen Wirtschaft.“ Der Deutsche Bundestag begrüßt die schnelle Reaktion der Bundesregierung auf die Herausforderungen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise, insbesondere die Einrichtung eines Kredit- und Bürgschaftsprogramms im Rahmen des „Wirtschaftsfonds Deutschland“, von dem die maritime Wirtschaft mit 1,3 Milliarden Euro profitiert.

Herzliche Grüße

Ihr

Kurz notiert ! kurz notiert ! kurz notiert !**Wirtschaftsjuniorin Catherine Haenle aus Albstadt eine Woche in Berlin bei Thomas Bareiß**

Die 27-jährige Produktmanagerin der Firma Huber Masche aus Albstadt war in diesem Jahr eine Woche im Büro von Thomas Bareiß, um einen Einblick in den politischen Betrieb in Berlin zu bekommen. Catherine Haenle studierte Textiltechnologie und Management an der Hochschule

Reutlingen und ist nun Wirtschaftsjuniorin im Kreis Reutlingen, Tübingen und Zollernalb. Das diesjährige Motto der Wirtschaftsjunioren war der Fachkräftemangel. Dieses Thema wurde bei allen Gesprächsrunden mit den Abgeordneten aller Fraktionen diskutiert und führte auch zur ersten Demonstration der Wirtschaftsjunioren am Brandenburger Tor. Zudem nahm Frau Haenle an je einer Arbeitsgruppen- und Ausschusssitzung sowie an einer Plenardebatte teil, um so die Abläufe einer Sitzungswoche kennenzulernen.

Bareiß spricht diese Woche zweimal im Plenum

Der Schwerpunkt der ersten Rede, die heute gehalten wurde, war die Bedeutung der maritimen Wirtschaft für die Führungsrolle

Deutschlands im Export und Import sowie für die Energiewirtschaft. Denn wenn es zu einem beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie kommt, muss mittelfristig mehr Strom aus Gas und Kohle bezogen werden. Beide Rohstoffe müssen importiert werden und dazu braucht es leistungsfähige

Häfen, die Gas und Kohle in ausreichend Kapazitäten aufnehmen können. Der enorme Wandel der Energiewirtschaft macht die See zum Topstandort für die zukünftige Stromversorgung, auch für die Stromversorgung im Süden der Republik. Denn bekanntlich lassen sich die starken und beständigen Winde ideal für die Gewinnung von Strom nutzen. Deswegen muss die leistungsfähige Windenergie in den kommenden Gesetzesänderungen stärker gefördert werden. Dafür sind auch Netze von hoher Bedeutung, um den Windstrom in den Süden zu transportieren. Passend zu dieser Thematik war die Rede am Donnerstag. Im Mittelpunkt dieser Diskussion stand ein Antrag zum beschleunigten Netzausbau der Grünen. Ein forciertes Umbau der Energieversorgung hat auch einen massiven Aus- und Umbau der Netzinfrastruktur zur Folge. Ein Mehr an erneuerbaren Energien bedeutet sowohl eine Verschiebung der Erzeugungsschwerpunkte wie auch eine Dezentralisierung der Energieversorgung. Um auch zukünftig Erzeugung und Nachfrage sicher zusammenzubringen, brauchen wir sowohl einen massiven Ausbau der Übertragungsnetze, also der Stromautobahnen, wie auch einen Ausbau und Umbau der Verteilnetze. Diese Herausforderungen können nicht nur durch kluge Gesetze bewältigt werden, sondern wir brauchen auch eine breite Akzeptanz für diesen gewaltigen Umbau der Netze.

Delegation aus Brasilien diskutiert mit Thomas Bareiß zum Thema Energie

Eine Delegation von brasilianischen Außen- und Sicherheitspolitikern ist auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung zu Besuch in Deutschland und führt mit deutschen Politikern Gespräche, um den Austausch zwischen den Ländern durch persönliche Gespräche zu vertiefen und Einblicke in die

Berlin Aktuell**Die Woche im Bundestag**

13.05.2011

deutsche Politik zu gewinnen. Die Diskussion mit Thomas Bareiß drehte sich um die geplante Energiewende in Deutschland, deren Auswirkungen auf die europäischen Nachbarländer und die Kosten.

Für ein Jahr in die USA- Bareiß sucht Stipendiaten für einen Aufenthalt in Übersee

Auch im Sommer 2012 bekommen Schülerinnen und Schüler wie auch junge Berufstätige wieder die Chance, ein Stipendium des Deutschen Bundestages für ein Auslandsjahr in den USA zu erlangen. Im Rahmen des Parlamentarischen Patenschaftsprogramms (PPP) übernimmt der Bundestagsabgeordnete Thomas Bareiß die Patenschaft für einen Stipendiaten aus seinem Wahlkreis Zollernalb-Sigmaringen. Für das Austauschjahr in den USA können sich Schülerinnen und Schüler im Alter zwischen 15 und 17 Jahren bzw. junge Berufstätige im Alter zwischen 16 und 24 Jahren bewerben. Die Schülerinnen und Schüler wohnen in den USA in Gastfamilien und besuchen die örtliche High School. Die jungen Berufstätigen besuchen ein College und absolvieren ein Praktikum in einem amerikanischen Betrieb. Ein Jahr im Ausland zu leben, bietet viele Vorteile: Der offensichtlichste ist, dass man am Ende des Aufenthaltes eine Fremdsprache perfekt beherrschen wird. Hinzu kommt, dass man Land, Leute und Kultur ganz aus der Nähe kennenlernen kann. Durch den Besuch der High School oder die Arbeit in einem Unternehmen kommt man schnell in Kontakt mit Einheimischen und die Unterbringung in Gastfamilien lässt einen den Alltag in einem fremden Land am eigenen Leib erfahren. So dient der Auslandsaufenthalt meist nicht allein der Verbesserung der Sprachkenntnisse, sondern auch der Erweiterung des eigenen Horizonts durch die Teilnahme am Alltag in einem fremden Kulturkreis. Informationsunterlagen und Bewerbungskarten gibt es den Wahlkreisbüros von Thomas Bareiß MdB in Balingen oder Sigmaringen. Der Deutsche Bundestag stellt diese Informationen im Internet unter www.bundestag.de/ppp ebenfalls zur Verfügung oder sie können beim Deutschen Bundestag –Verwaltung-, Referat WI 4,

Platz der Republik 1, 11011 Berlin (E-Mail: vorzimmer.wi4@bundestag.de) beantragt werden.

Termine (Auswahl)

Freitag, 13. Mai

17:00 Uhr Neubürgerempfang des Zollernalbkreises, Albstadt-Lautlingen

Montag, 16. Mai

12:30 Uhr Paneldiskussion zu Energie und Transatlantik auf Einladung von General Electric, Berlin

20:00 Uhr MIT-Hauptversammlung, Meßstetten

Dienstag, 17. Mai

09:30 Uhr Gespräch mit Abiturienten des Wirtschaftsgymnasiums im Rahmen des EU-Projekttags, Bad Saulgau

14:45 Uhr Podiumsdiskussion vom VKU "Geschäftsmodelle der Zukunft - Müssen sich Stadtwerke strategisch neu positionieren?", Stuttgart

19:30 Uhr Sitzung des CDU-Bezirksvorstandes Württemberg-Hohenzollern, Gammertingen

Mittwoch, 18. Mai

14:30 Uhr Sitzung der Koalitionsarbeitsgruppe, Berlin

20:00 Uhr Sitzung Kreisvorstand CDU Zollernalb, Hechingen

Donnerstag, 19. Mai

16:00 Uhr Gespräch mit der IHK Reutlingen und Oberbürgermeister Reitemann, Balingen

20:00 Uhr Schlosskonzert der 10. Panzerdivision, Sigmaringen

Freitag, 20. Mai

10:00 Uhr Besuch der Arbeitsagentur Balingen, Balingen

23. Mai – 27. Mai

Sitzungswoche im Deutschen Bundestag